



Medienkommentar

Klage gegen ESM abgewiesen



Gestern, am 18.03.2014 hat das deutsche Bundesverfassungsgericht eine Sammelklage gegen den europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) ...

Guten Abend liebe Zuschauerinnen und Zuschauer,
Gestern, am 18.03.2014 hat das deutsche Bundesverfassungsgericht eine Sammelklage gegen den europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und den Fiskalpakt definitiv abgewiesen. Die Sammelklage, getragen von 37'000 Unterzeichnern, darunter zahlreiche namhafte Ökonomen und Professoren, wurde initiiert von der Bürgerbewegung „Mehr Demokratie“ und richtete sich gegen die Verlagerung staatlicher Souveränitätsrechte auf den ESM, der als Institution weder demokratisch legitimiert noch kontrolliert ist. Ziel der Verfassungsklage war, dass grundlegende Entscheidungen des ESM direkt vom Volk abgesehnet werden müssen.

Bereits in einer Vorentscheidung im September 2012 hatte das BVerfG das In-Kraft-Treten von ESM und Fiskalpakt mit folgenden Auflagen zugelassen: Die Haftungssumme für Deutschland wurde auf 190 Mrd. € begrenzt und die Informationsrechte des Bundestages gegenüber dem ESM wurden gestärkt.

Mit dem gestrigen Urteil haben die Verfassungsrichter das Urteil von 2012 nun im Wesentlichen bestätigt.

Roman Huber, geschäftsführender Vorstand von „Mehr Demokratie“ sagt dazu: „Nach wie vor fehlt also die rote Linie, die markiert, wann die Bevölkerung selbst entscheiden muss, ob Souveränitätsrechte abgegeben werden...“.

Die Richter argumentierten in der Urteilsverkündung unter anderem, dass die Haftungssumme von 190 Mrd. € keine unzumutbare Belastung des deutschen Volkes darstelle.

Meine Damen und Herren, das deutsche Volk haftet nun mit zusätzlichen 2320 Euro pro Kopf für andere Staaten innerhalb der EU, während das Verfassungsgericht es nicht für nötig empfindet, die Bevölkerung in dieser Angelegenheit überhaupt mitreden zu lassen. Der Präsident des deutschen Bundes der Steuerzahler Reiner Holznagel bringt in einer Stellungnahme zu diesem Urteil auf den Punkt, was zahlreiche Bürger denken: „Auch wenn die Karlsruher Richter den ESM rechtlich nicht beanstanden, bleibt der auf Ewigkeit angelegte Rettungsschirm dennoch politisch falsch“.

von hm.

Quellen:

[http://www.mehr-demokratie.de/6033.html?&tx_ttnews\[backPid\]=5859&tx_ttnews\[tt_news\]=15169&cHash=018abdd1a041f22bbc09e693129944dehttp://www.steuerzahler.de/Europaeischer-Stabilitaetsmechanismus-bleibt-politisch-falsch/58959c68532i1p637/index.html](http://www.mehr-demokratie.de/6033.html?&tx_ttnews[backPid]=5859&tx_ttnews[tt_news]=15169&cHash=018abdd1a041f22bbc09e693129944dehttp://www.steuerzahler.de/Europaeischer-Stabilitaetsmechanismus-bleibt-politisch-falsch/58959c68532i1p637/index.html)

Das könnte Sie auch interessieren:

#Medienkommentar - www.kla.tv/Medienkommentare

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.